

Fakten gegen falsche Ängste!

Lügen und Panikmache schaden – Lösungen müssen her

Die Integration der Geflüchteten bewegt Sachsen. Vieles lässt sich erst im Lauf der Zeit klären – aber auf humanistischer Basis! Fremdenfeinde missbrauchen Unsicherheit, wollen Panik statt Lösungen.

Wir sollten Fakten akzeptieren und Ängste abbauen. Sonst kommen wir mit der größten Herausforderung seit 1989 nicht zurecht.

Wir sind an der Kapazitätsgrenze!

1990 hatte Sachsen 750.000, 1950 sogar 1,6 Mio. Einwohner mehr als heute. Der Bevölkerungsschwund lässt sich nur durch Zuwanderung ausgleichen. Im Freistaat leben etwa vier Millionen Menschen (2014), davon sind etwa 1,6 Prozent Asylsuchende. Ihr wird noch lange gering bleiben, selbst wenn die Fluchtbewegung anhält. Politiker, die heute von Überlastung reden, wollen nur von ihrem Versagen bei Registrierung, Unter-

bringung und Integration ablenken.

Grenzen dicht!

Die Grenzen für Geflüchtete zu schließen, wäre eine Bankrotterklärung für jedes zivilisierte Gemeinwesen, menschenrechtswidrig und nicht umsetzbar. Man kann Deutschland nicht umzäunen. »Grenzen dicht« hieße, Todesopfer zu riskieren! Ja, die Flüchtlingszahlen können sinken – durch eine Bekämpfung der Fluchtursachen. Fluchtbewegungen kann man nur an ihren Ausgangsorten beenden. Sinnlose Debatten um »Obergrenzen«, die stets rechtswidrig wären, helfen nicht.

Abschieben, abschieben!

In Sachsen waren im November 2015 etwa 5.000 Personen ohne Duldung und »vollziehbar ausreisepflichtig«. Der »Entlastungseffekt«, den ihre Abschiebung für die Kommunen hätte, wäre gering. Allein 2015

kamen mehr als zehnmal so viele Flüchtlinge nach Sachsen. Investieren wir Ressourcen also vorrangig in Registrierung, Verfahrensbeschleunigung und Integration! Viele abgelehnte Asylsuchende reisen ohnehin selbstständig aus.

Die meisten sind sowieso nur Wirtschaftsflüchtlinge!

Hinter einer – oft lebensgefährlichen – Flucht stehen in der Regel Umstände, die auch wir fürchten: Krieg, Armut, Umweltzerstörung. Beispiel: der Bürgerkrieg in Syrien. Der »produziert« seit 2011 Geflüchtete, die aber erst seit 2015 nach Deutschland kommen – weil sie in heimatnahen Unterkünften unter entsetzlichen Bedingungen lebten, keinen Ausweg mehr sahen. Niemand verlässt leichtfertig Familie, Freunde, Heimat! Ob jemand Asyl oder Flüchtlingschutz bekommt, muss rechtsstaatlich und im Einzelfall entschieden werden.

Pauschale Vorverurteilungen haben keine Grundlage.

Da kommen Terroristen!

Das kann niemand ausschließen. Es gibt aber laut Bundeskriminalamt keine konkreten Hinweise. Terroristen können andere Mittel nutzen – weshalb sollten sie die lebensgefährlichen Schlepperwege gehen? Wir können übrigens auch nicht ausschließen, dass Terroristen als Touristen einreisen, oder dass Einheimische, wie in Paris, zu Terroristen werden. Terroristen wollen, dass Angst unser Leben dominiert. Wir sollten ihnen nicht den Gefallen tun, uns unfreier machen. Wenn wir Menschen ausgrenzen, finden Terrororganisation leichter Nachwuchs. Tun wir also, was Terroristen fürchten und die Regierenden vernachlässigen: Menschlichkeit und Toleranz leben, in Solidarität mit denen, die vor Terror geflohen sind.

Die sollen daheim für ihr Land kämpfen!

In Syrien, derzeit Haupt-Herkunftsland,

haben junge Männer die Wahl, ob sie sich vom Assad-Regime oder von Islamisten zwangsverpflichten lassen. Wenn sich Menschen der Todesgefahr durch Flucht entziehen, kann man ihnen das nicht vorwerfen. Niemand möchte gerne sterben.

Wir können nicht der ganzen Welt helfen!

Das kann kein Staat allein, und das müssen wir auch nicht. Nur ein Bruchteil der Millionen, die weltweit auf der Flucht sind, kommt zu uns – andere Länder mit kleinerer Bevölkerung nehmen viel mehr Geflüchtete auf, etwa Jordanien oder der Libanon. Wir haben eine besondere Verantwortung, auch wegen der deutschen Waffenexporte oder unserer wirtschaftlich starken Stellung.

Die Politiker können die doch aufnehmen!

Die Unterbringung von Flüchtlingen ist eine von vielen Aufgaben des Staates. Einzelpersonen können dem Gemeinwesen seine Pflichten nicht abnehmen. Wo

kämen wir sonst hin – sollen wir künftig auch unsere Straßen selbst bauen?

Und nun?

Die Fluchtbewegung ändert nichts an unserem Einsatz für soziale Sicherheit für alle. Wir wollen mit der Schneeberger Alleinerziehenden, dem Riesaer Facharbeiter und dem syrischen Pizzabäcker für ein soziales Sachsen streiten. Wir stehen für den Interessenausgleich – und die wirkliche Integration von Geflüchteten (z. B. *Landtags-Drucksache 6/2500*). Wir wollen eine offene und geordnete Einwanderungsgesellschaft. Machen wir unsere eigenen Erfahrungen mit Geflüchteten, reden wir mit ihnen. Widerstehen wir der Panikmache, diskutieren wir lösungsorientiert!

*Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-v.-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden
Telefon: 0351 493-5800,
Telefax: 0351 493-5460
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann,
Stand: Januar 2016
linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de*

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag